

Innsbruck, 07. Jänner 2013

Presseinformation Maßnahmenpaket IG-Luft 2013 – „Saubere Luft statt Dieselpfand“ (3)

3750 Tage im größten Luftsanierungsgebiet des Binnenmarktes sind genug – „LH Platter's ‚Dieselpfand‘ Neujahrsgeschenk wird strikt zurückgewiesen“

Stures Nichtstun seit 21.12.2011 (EuGH C-28/09) führt zu dauerhaften Verletzungen im alpinen Rechtsraum – Schutzpatron für die internationalen Müll- und Schrottrasttransporteure und für die Verlagerung von der Schiene zurück auf die Straße

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einem persönlichen Schreiben haben wir gestern den Landeshauptmann von Tirol direkt und unmissverständlich auf seine **inakzeptable und gesetzwidrige Haltung** in der Sache „**Neues Maßnahmenpaket IG-Luft**“ verwiesen und erlauben uns, Ihnen in der Anlage die aktuellen Luftgütemessungen (04.12.2012 – 04.01.2013) sowie die Kernaussagen zu übermitteln.

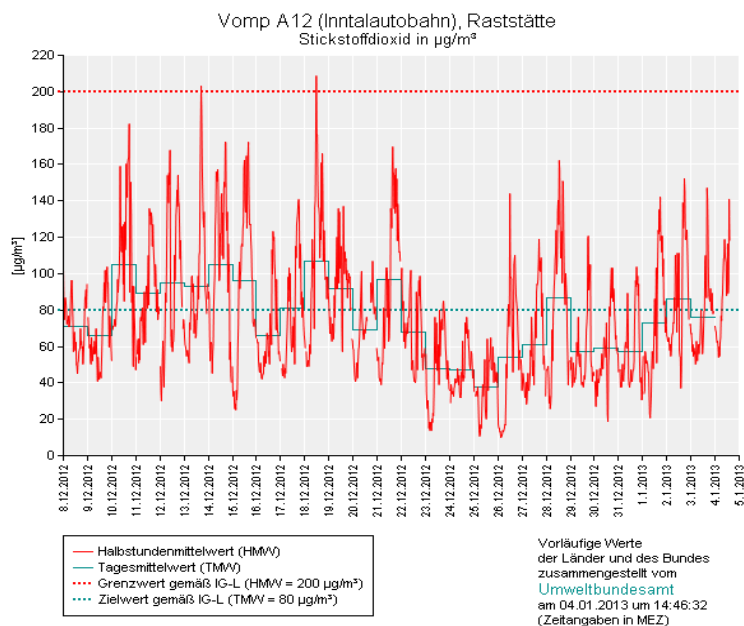
Die heute kolportieren Unterstellungen des selbsternannten VP-Verkehrssprechers wollen wir nicht weiter kommentieren – wer nach so vielen Jahren im Tiroler Landtag den Feinstaub nicht von den Stickstoffdioxiden unterscheiden kann, disqualifiziert sich von selbst. Ebenso ist es mehr als peinlich, uns „Anschüttungen“ unterstellen zu wollen, um davon abzulenken, dass der größte Teil des Bundeslandes Tirol **„gesetzwidrig in dauerhafte Geiselnhaft der Vergifter“** genommen werden soll. Wir sind bekannt dafür, dass wir uns für die **Tiroler Bevölkerung und Wirtschaft einsetzen**, für das „Anschütten“ haben sich genug andere in diesem Land über Jahre qualifiziert, denen wir diese „seltsame Art von Politik“ nicht streitig machen wollen.

Mit freundlichen Grüßen zeichnen

Fritz Gurgiser, Thomas Schnitzer & Team

Rückfragen bitte an Fritz Gurgiser, Gesundheitssprecher unseres Teams: 0043-664-1307070

Anlage aktuelle Luftgütemessungen



Allein vom 8.12.-22.12.2012 zehn Überschreitungen des Zielwertes gemäß IG-Luft sprechen für sich.

Anlage Kernaussagen

Kernaussagen zum Schreiben an LH Günther Platter vom 26.12.2012

3750 Tage größtes ausgewiesenes Luftsanierungsgebiet des Binnenmarktes:

Stures Nichtstun des **Tiroler Landeshauptmannes** und seiner **Tiroler Landesregierung** zur Realisierung und Umsetzung eines neuen Maßnahmenpaketes IG-Luft

- soll diese **gesundheits-, arbeitsplatz- und wirtschaftsstandortgefährdende, tirolfeindliche und gesetzwidrige IST-Situation weiter festschreiben** – vgl. die Luftgütwerte vom 08.12.2012 – 04.01.2013;
- soll die „**Verlagerung von Transitgütern von der Eisenbahn zurück auf die A12 Inntal- und A13 Brennerautobahn**“ weiter festschreiben;
- machen Landeshauptmann und Landesregierung zu **Schutzpatronen für den Straßengütertransit** von Abfällen, Steinen, Erden und Aushub, Rundholz und Kork, Kraftfahrzeuge, Fliesen (keramisch), Stahl, Nichteisen- und Eisenerze sowie Marmor und Travertin;
- machen Landeshauptmann und Landesregierung zu **vehementesten Bremsern** für die **Reduktion der Belastung** der Tiroler Bevölkerung sowie des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes durch wettbewerbswidrige Auflagen im größten zusammenhängenden Luftsanierungsgebietes des Binnenmarktes;
- machen Landeshauptmann und Landesregierung zu **vehementesten Verteidigern der unseligen Freiheit des Warenverkehrs**;
- machen Landeshauptmann und Landesregierung zu **vehementesten Gegnern der Verlagerung** von Güterverkehr **von der Straße auf die Schiene**;
- „**bestrafen**“ Landeshauptmann und Landesregierung die Tiroler Bevölkerung nahezu im gesamten Nordtiroler Zentralraum mit **hohen Gesundheits- und Arbeitsplatzbelastungen** durch die hohen Grenzwertüberschreitungen, mit **hohen Spritkosten**, verärgern die Verkehrsteilnehmer durch zum erheblichen Teil nicht nachvollziehbarer Tempo-100-Schaltungen der VBA (Verkehrsbeeinflussungsanlage), leisten auch **hohen Lärmbelastungen** Vorschub und
- setzen Landeshauptmann und Landesregierung eine ganze Reihe von **nationalen und internationalen Rechts- und Gesetzesverpflichtungen** bis hin zu **klaren Aufträgen des Tiroler Landtags** in dieser Legislaturperiode **nicht um** und leisten daher der bereits seit Jahrzehnten andauernden
- „**Tyranei/Gewalt gegen Mensch und Tier, gegen Boden und Pflanze, gegen Luft und Wasser**“ durch weit überhöhte Schadstoff-, Lärm-, Liegenschafts-, Arbeitsplatz- und Standortbelastungen „nachhaltig und dauerhaft“ Vorschub – ein unhaltbarer Zustand in einem Land mit nur 11,9 % besiedel- und bewirtschaftbarer Landesfläche, wovon bereits rund die Hälfte immerwährend versiegelt und verbraucht ist.

Das Jahr 2013 muss daher eine längst überfällige, längst geforderte und längst national und internationale rechtlich und gesetzlich vorgegebene **ZEITENWENDE** einleiten, in welcher nicht mehr Symptom-, sondern **Ursachenbeseitigung** an erster Stelle jedes politischen Handelns auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene stehen muss.

Denn jeder Verkehr – vom eigenen Individualverkehr bis hin zum europaweit hoch subventionierten Güterverkehr – **rollt auf Grund von politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen**. Dort, wo der Verkehr und vor allem der internationale Gütertransitverkehr durch verfehlte politische Rahmenbedingungen die Gesundheit belastet sowie die regionale Existenz und wirtschaftliche Entwicklung behindert, sind dem Verkehr Grenzen zu setzen. Dazu ist die Politik verpflichtet und nicht mehr und nicht weniger wird zu Recht im „**Öffentlichen Interesse**“ eingefordert.